



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal, Helga Schmitt-Bussinger, Horst Arnold, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Kathi Petersen, Susann Biedefeld** und **Fraktion (SPD)**

Mehr Chancengleichheit beim Studium: BAföG-Reform initiieren

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, auf Bundesebene die Initiative für eine umfassende BAföG-Reform zu ergreifen. Sie soll eine kontinuierliche und automatisch an die Lebenshaltungskosten der Studierenden angepasste Erhöhung der Studienfinanzierung zum Ziel haben. Der derzeitige Trend, dass immer weniger junge Menschen vom BAföG profitieren können, muss gestoppt werden.

Im Einzelnen sind die folgenden Maßnahmen zu ergreifen:

- Die regelmäßige, automatische und bedarfsdeckende Anpassung der Bedarfssätze und
- eine Strukturreform, die die Studienförderung an die veränderten Lebenswirklichkeiten der Studierenden anpasst und berücksichtigt, dass viele junge Menschen heute in Teilzeit studieren und erweiterte Fördermöglichkeiten jenseits der Regelstudienzeit brauchen.

Begründung:

Den erneuten Rückgang des Anteils der BAföG-geförderten Studierenden haben die jüngsten Zahlen des Bundesamts für Statistik aufgezeigt. Gerade noch 18 Prozent profitieren von der Studienfinanzierung, auch die insgesamt Förderzahl ist in den letzten vier Jahren von 671.000 auf 584.000 gesunken. Die 2016 in Kraft getretene Reform sollte den Kreis der BAföG-Empfängerinnen und Empfänger eigentlich deutlich erhöhen. Dies hat sich jedoch nicht bewahrheitet, wie die aktuellen Daten eindeutig zeigen. Der Generalsek-

retär des Deutschen Studentenwerks, Achim Meyer auf der Heyde, machte angesichts der sinkenden Förderzahlen deutlich, dass der Handlungsdruck beim BAföG inzwischen groß ist: „Die jüngste BAföG-Erhöpfung kam zu spät und sie fiel zu niedrig aus. Das BAföG muss, wie wir es als Deutsches Studentenwerk schon lange fordern, regelmäßig erhöht werden, auf der Grundlage der regelmäßigen BAföG-Berichte der Bundesregierung.“

Eine von den Studentenwerken in Auftrag gegebene Studie des Berliner Forschungsinstituts für Bildungs- und Sozialökonomie (FIBS) lieferte zum ersten Mal belastbare Daten zum Monatsbudget deutscher Studierender. Durchschnittlich 920 bis 950 Euro brauchen Studierende demnach pro Monat für Miete, Essen, Bücher, Kommunikation, Körperpflege und Freizeitgestaltung. Selbst der BAföG-Höchstsatz liegt mit 735 Euro deutlich darunter, im Durchschnitt werden 465 Euro beigesteuert. Dass immer mehr Studierende ihren Lebensunterhalt mit Jobs verdienen und die erhöhte Erwerbstätigkeit zulasten der Zeit für das Studium kompensieren, zeigten die Ergebnisse der 21. Sozialerhebung des Studentenwerks.

Auch Studierende, die die Regelstudienzeiten überschreiten, das sind inzwischen 30 Prozent, werden vom Staat nicht mehr unterstützt. Die Gründe für die Studienzeiten sind vielfältig und zeigen die veränderte Lebensrealität der jungen Menschen. Nach den Umfragen des Studentenwerks arbeiten rund zwei Drittel der Studierenden neben dem Studium, ein wachsender Anteil Studierender ist gesundheitlich beeinträchtigt. Pflegeaufgaben, die Betreuung von Kindern und ehrenamtliches Engagement sind weitere Gründe für ein länger dauerndes Teilzeitstudium. Eine Verlängerung der BAföG-Ansprüche ist bisher für diese Fälle nicht möglich.

Die zentrale Studienfinanzierung BAföG muss an diese neue Lebensrealität von Studierenden angepasst werden. Die Förderung muss gewährleisten, dass ein Studium bedarfsdeckend finanziert werden kann. Das BAföG ist das zentrale Instrument für Chancengleichheit in der Hochschulbildung. Nur mit einer Erhöhung der Förderung kann dem Trend entgegengewirkt werden, dass soziale Herkunft immer noch eine entscheidende Rolle für Bildungserfolge spielt. Niemand darf aus finanziellen Gründen vom Studium abgehalten werden.